

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

20.6.1928 (No. 142)







turen und folgen ihnen bis zu einem gewissen Grade. Aber der Glaube, daß jemand nur deswegen, weil er aus fürstlichem Geblüte sei, auch fürstlichen Sinnes und Geistes sein müsse, dieser Glaube hat heute keinen Kurswert mehr. Er fristet nur noch in jenen, mehr humoristisch zu nehmenden Kreisen ein Dasein, die zum Ergötzen der ganzen Welt auf einen Harry Tomela hereinfließen.

Der Monarchismus in Deutschland ist tot. Und es ist von historischer Bedeutung, daß ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, Herr Lambach, einer der Führer des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, diese Tatsache in einem Artikel der „Politischen Wochenschrift“ ausdrücklich bekräftigt. Die wichtigsten Stellen dieses Artikels lauten:

„Dadurch, daß der monarchistische Teil unseres Volkes Hindenburg zum Reichspräsidenten erkor, ist der Monarchismus zu Grabe getragen worden. Oder glaubt ein politisch Einsichtiger, daß es bei uns über den eigentlichen Anhang des Abgeordneten Everling hinaus außerhalb Bayerns noch nennenswerte Spuren eines aktiven, zielklaren Monarchismus gibt? Der hinter dem Reichspräsidenten auftragende Schatten des Kaisers und Königs, der jeden anderen übertrifft, übertrage einen Hindenburg nicht mehr. Im Gegenteil, Wilhelm II. verschwand hinter dem großen, frommen, alten Herrn, der jetzt das Reich repräsentiert. Neben seiner Größe fand der Nimbus der lebenden Hohenzollern in sich zusammen. Wieviel Millionen treuer Monarchisten die Heirat des Kaisers und die Ehestande seiner Familienangehörigen zu verbissenen Republikanern gemacht haben, hat die feinerzeitige Abstimmung über das Vermögen der Fürsten und die letzte Reichstagswahl gezeigt. Der Volksentscheid über die Fürstenvermögen zeigte bereits eindeutig das Sterben des monarchistischen Gedankens. . . . Die jüngste Reichstagswahl hat ein weiteres Absterben der monarchistischen Stimmen gebracht. Der ganze Verlust der deutschnationalen ist ein Verlust des Monarchismus. Gerade, weil sie von der Monarchie als Programm in der Politik nichts mehr wissen wollen, sind die Mittelständler und Bauern und Aufwärtler zu anderen Parteien übergetreten. Und die Jugend ist deshalb in Preußen abgezurückelt, weil sie in dieser bürgerlich gewordenen Welt der Arbeit und des Sports keinen Erbmonarchen schaffen helfen will. Für die nach 1905 Geborenen sind Kaiser und Könige keine geistlichen und unantastbaren Größen mehr. Sie sind für die Jugend zu Film- und Bühnenspielen geworden. Aus dieser Diagnose der Gegenwart ergeben sich für den konservativen Menschen ernste Schlussfolgerungen. Wollen wir in der deutschnationalen Volkspartei als der Sammeltelle auch der konservativen Kräfte nicht das Geburtsjahr 1905 eine unüberwindliche Grenze für das Hineinwachen von Jugend werden lassen, dann muß unser Werk in Zukunft lauten können: Monarchisten und Republikaner, tretet in unsere Reihen. Aus unserer praktischen Neueinstellung zu den Fragen der Staatsform muß die programmatische Folgerung gezogen werden. Sie muß sogar in der Auswahl der neuen Fraktionseitung ihren personellen Ausdruck finden.“

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die „Kreuzzeitung“ diesen Ausführungen Lambachs erregt widersprochen hat. Aber dieser Widerspruch wiegt nicht allzu schwer. Natürlich schwärmen die Deutschnationalen keineswegs für die Republik, für die Weimarer Verfassung und auch durchaus nicht für eine so betont republikanische Partei wie die Sozialdemokraten. Aber wahrhaft monarchistisch ist die deutschnationale Volkspartei auch nicht mehr. Die jüngere Generation in ihr jedenfalls betrachtet die Monarchie als überlebt oder zum mindesten, als eine Angelegenheit, für die man sich nicht weiter zu erregen oder zu begeistern braucht.

Mit alledem ist nicht gesagt, daß nun der Republik von Seiten der Deutschnationalen keine Gefahr mehr droht. So angenehm liegen die Dinge gewiß nicht. Aber die große Parole, unter welcher die Deutschnationalen die Massen des Volkes gegen die Republik und gegen den heutigen Staat und seine Träger zu sammeln hofften, die Parole der Wiederaufrichtung des Monarchismus, sie ist nicht mehr vorhanden. Und immer mehr und mehr werden sich die Deutschnationalen daran gewöhnen, ihre besonderen Wünsche im Zeichen der Methoden zu vertreten, die auch für die übrigen, parlamentarischen Parteien die maßgebenden sind.

#### Rücktritt der bayerischen Staatsregierung

München, 20. Juni. Ministerpräsident Dr. Held hat an den Präsidenten des bayerischen Landtags ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilt, daß die sämtlichen Staatsminister im Hinblick auf § 59 Abs. 2 der Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern beschloßen haben, von ihrem Amte zurückzutreten. Der Herr Staatssekretär im Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe schließt sich für seine Person dieser Erklärung an. Gemäß § 66 Abs. 1 der Verfassungsurkunde werden die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiterführen.

#### Die „Bremen“-Flieger unterwegs nach Berlin

Bremen, 20. Juni. (Tel.) Die „Bremen“-Flieger setzten heute morgen um 10.15 Uhr mit dem Zuntersflugzeug „Europa“ ihre Reise nach Berlin über Hamburg fort. Die „Europa“, die Hauptmann Köhl steuerte, startete um 10.10 Uhr und machte noch einige Schleifenflüge über dem Flugplatz. Das Flugzeug wurde begleitet von einer Vorstaffel von 6 bis 8 Flugzeugen und einer Nachstaffel in gleicher Größe. Fünf Minuten später erhob sich das große Verkehrsflugzeug „Hermann Köhl“ der Luftflotte mit den Angehörigen der Flieger an Bord, zur gleichen Fahrt nach Hamburg. Die „Europa“ fliegt zunächst nach Hamburg, wo eine Zwischenlandung erfolgt, die auf etwa 45 Minuten berechnet ist.

#### Die Ungewißheit über das Schicksal der „Latham“

Düsseldorf, 20. Juni. Es liegen noch immer keine Nachrichten über den Verbleib des französischen Flugzeuges „Latham“ mit Guilbaud und Amundsen an Bord vor. Die Zeitungen stimmen in der Auffassung überein, daß die gestern von gewisser Seite veröffentlichte Behauptung, Guilbaud und Amundsen hätten Nobis bereits aufgefunden, ihren Ursprung in nichts anderem als einer Hypothese hat und daß in Wirklichkeit keinerlei Gewißheit vorliegt. Im übrigen glauben die Blätter, in dem Fehlen von Nachrichten über die „Latham“ noch keinen Grund zur Beunruhigung finden zu müssen.

## Politische Neuigkeiten

### Regierungserklärung im württembergischen Landtag

Im württembergischen Landtag gab am Dienstag Staatspräsident Dr. Wels eine Erklärung ab, in der er bestritt, daß der Wahlerfolg der Sozialdemokratie eine Verurteilung der Landespolitik der abgelaufenen Jahre bedeute, die die Sozialdemokratie zur Führung bestimme. Der Staatspräsident besprach dann die Aufgaben der württembergischen Politik und stellte voran die Fragen betreffend das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Die Regierung widerstrebe nicht einer Änderung der Zahl und des Gebietsumfanges der Länder, sofern die betroffenen Staaten eine Änderung wünschten. Sie sei auch zu weitgehender Rechtseinmischung in den Ländern auch auf dem Gebiete des Steuerrechts und der Verwaltung bereit. Der geeignete Weg hierzu sei aber die Vereinbarung der Länder auch unter Führung des Reiches. Ein Hauptgrund der Mißstände sei die Zuständigkeitsabgrenzung. Es bestehe keine sachliche Notwendigkeit, daß das Reich in immer weitere Verwaltungsaufgaben eindreibe. Das sei nur eine Erschwerung und Verteilung der Verwaltung. Die Regierung kämpfe an gegen die Zentralisierung der Gesetzgebungsgewalt und der Verwaltungshoheit. Besonders gefährdend seien die Zentralisierungsbemühungen im Geldwesen. Sie bedeuteten eine erhebliche Gefahr für das heimische Geldwesen und die heimische Wirtschaft. Der Staatspräsident besprach sich mit den Spezialaufgaben des Landtages.

In der Aussprache über die Regierungserklärung betonte der Abg. Keil (Sozdem.), die seitherige Regierung sei gescheitert und habe nach der gefundenen Logik der Wähler zurückzutreten. Die Sozialdemokraten sprächen der neuen Regierung ihr Mißtrauen aus, und es sei Pflicht der Regierung, sich um ein Vertrauensvotum zu bewerben.

### Die Amnestiefrage im preussischen Landtag

Der Reichsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich mit zwei Amnestieanträgen. Der eine Antrag fordert Verlegung eines preussischen Gesetzes auf Straffreiheit für alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen in Preußen abgeurteilten Personen, der zweite Antrag ersucht das Staatsministerium, im Reichsrat und bei den Staatsbehörden für eine sofortige volle Amnestie aller von den Gerichten des Reiches und der Länder verurteilten oder verfolgten proletarischen politischen Gefangenen einzutreten.

Ministerialdirektor Schäfer erklärte, das Staatsministerium habe materiell noch nicht zu der Frage der Amnestie Stellung genommen. Formell sei es fraglich, ob das Reich berechtigt sei, eine Amnestie zu erlassen, die bindend sei für die Länder. Das preussische Staatsministerium und auch andere Länder ständen auf dem Standpunkt, daß nicht das Reich, sondern die Länder in dieser Frage zuständig seien.

### Städte und kommende Verwaltungsreform

Der Reichstädtetag teilt mit: „Der Gesamtverband des Reichstädtetages nahm in seiner Sitzung am Dienstag eingehend zu den zur Zeit im Vordergrund des kommunalpolitischen Interesses stehenden Fragen der Umgestaltung und der Landkreisleistungsreform Stellung. Der Vorstand verteilte einmütig den Standpunkt, daß der schon begonnene Abbau der örtlichen Selbstverwaltung aus staatspolitischen Gründen abzulehnen ist. Der Kampf gegen einen solchen auf falschen Reformideen gegründeten Abbau ist kein Interesselampf der kleineren und mittleren Städte, sondern ein Kampf für die Erhaltung und Stärkung einer leistungsfähigen Selbstverwaltung überhaupt. Das Ziel einer kommunalen Verwaltungsreform kann nicht lediglich in der Schaffung von Großgemeinden oder Großkreisen bestehen. Als Bindeglied zwischen Großstadt und flachem Lande sind die Klein- und Mittelstädte als Selbstverwaltungskörper kulturell und wirtschaftlich nicht zu entbehren. Die Reform der Kommunalverwaltung darf nur gelöst werden in Abereinstimmung mit den Grundzügen der großen Verwaltungsreform.“

### Die Lage in der Rheinschiffahrt

Durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches in der Rheinschiffahrt ist die Lage in dem bestrittenen Gebiet noch nicht völlig geklärt. Nur schleppend kommt der Betrieb wieder in Gang, da unter den Arbeitnehmern noch Verhandlungen geführt werden. Die Hafendarbeiter, die sich anfänglich in einem Sympathiestreik befanden, haben inzwischen eigene Lohnforderungen gestellt und bleiben bis zur Erledigung dieser Forderungen weiter im Ausstand. Die Rheinschiffahrt bleibt durch den Ausstand der Hafendarbeiter weiter stark behindert, zumal auch die Kohlenverfrachtung gänzlich stockt, weil sämtliche Schiffe in den Häfen stillliegen. Ein heute gefällter Schiedspruch, der für die Hafendarbeiter eine Lohnerhöhung von 7 Prozent vorsieht, ist von den Parteien abgelehnt worden.

### Erneuter Haftentlassungsantrag für Midlin und Hoffe

Der katholische elsassische Landtagsabgeordnete Michel Walter erklärte, daß er im Hinblick auf die Ablehnung der vorläufigen Haftentlassung der Abgeordneten Midlin und Hoffe wieder in der vergangenen Woche zurückgezogenen Antrag wieder aufnehmen und daß er die Freilassung der beiden von der Kammer jetzt bekräftigten Abgeordneten verlangen werde.

### Der französische Senat und das Frauenstimmrecht

Im Verlaufe der Dienstagssitzung des Senats wurde ein radikaler Antrag, einen Bericht über das aktive und passive Wahlrecht der Frauen auf die Tagesordnung der Sitzung vom 6. Juli zu setzen, mit 176 gegen 123 Stimmen abgelehnt.

Polnische Soldaten sahen durch Ostpreußen. Polen hat nach einem Abkommen vom 21. April 1921 das Recht, Militärlager durch Ostpreußen fahren zu lassen. Es wird davon zum ersten Male am 27. Juni mit einem Transport Gebrauch machen, der über Marienburg und Głaz geleitet wird.

Ankunft der „Freundschaft“ in Southampton. Das amerikanische Transoceanflugzeug „Friendship“ ist in Southampton eingetroffen.

Besserung der Lage in China. „Daily Telegraph“ meldet aus Peking: Drei Züge gehen jetzt täglich von Peking ab, und der Verkehr besteht sich. Auch in Tientsin bessern sich die Verhältnisse. Ein mit Russen besetzter Panzerzug der Nordtruppen verfuhr, die Eisenbahnbrücke bei der Station Tangku zu sprengen, aber französische Truppen, die dort postiert waren, vereitelten diesen Versuch. Der Generalgouverneur von Schansi, General Yenhsichan, ist erkrankt, was angesichts seiner Verdienste um die Aufrechterhaltung der Ordnung sehr bedauerlich wird. „Morning Post“ berichtet aus Peking, es werde erwartet, daß Tschantaisch und Fengyuhang nach Peking kommen werden, um eine Konferenz abzuhalten.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

DJ. Karlsruhe, 19. Juni.

In der nun folgenden

#### Generalansprache

nimmt zunächst Abg. Egger vom Zentrum das Wort. Er begrüßt die Rechtsangleichung mit Österreich, mit dem uns eine Kultur- und Schicksalsgemeinschaft verbindet. Im Ausschuss sei von allen Seiten anerkannt worden, daß in Baden von einer Vertrauenskrise der Justiz nicht gesprochen werden könne. Der Redner beschäftigte sich dann mit der Ausbildungs- und Vorbereitungszeit der Juristen. Im Hinblick auf eine Auslassung des „Volksfreund“, die sich mit dem Fall Erhard befaßt, meint der Redner, man sollte den Richtern keinen Vorwurf machen, wenn sie auf Grund der Gesetze auf Gewährung von Gehalt und Pension erkennen müssen. Die Parlamente müßten den Mut aufbringen, gegen aktiv revolutionär tätige Beamte und Offiziere zu erkennen, daß sie von Amt und Brot ohne Gehalt und Pension entlassen werden. Er, der Redner, hoffe vom neuen Reichstage, wo die Sozialdemokratie den Hauptteil der Verantwortung trägt, daß dort entsprechende Vorgegangen wird. Wir auf unserer Seite verlangen keine Gefinnungslumperei, wünschen aber die Anerkennung der Staatsform der Republik durch die Beamten und Offiziere. Die politischen Gefangenen, so fährt Abg. Egger fort, sind vielfach die Opfer der Führer, die sich im kritischen Augenblick in dem Hintergrund verhielten.

Er tritt dann für die Ausdehnung der Laienrechtsprechung ein, wünschte Zulassung eines zweiten Richters bei der kleinen Strafkammer warnte aber davor, daß junge, in den richterlichen Funktionen noch nicht selbständige Leute oder zweite Richter beim Schöffengericht berufen werden. Er wandte sich weiter dagegen, daß bei Vergehen gegen das Branntweinmonopol die Prozeßführung zwar im Lande bleibt, die ausgesprochenen Geldstrafen indessen dem Reichsfiskus zufließen.

Abg. Egger empfindet es als einen großen Mißstand, daß beispielsweise von den Offenburger Gerichten geladene Zeugen aus Straßburg infolge des vorgeschriebenen Instanzenweges Berlin-Paris zwei bis drei Monate auf sich warten lassen. So kann deswegen ein seit 1 1/2 Jahren schwebender Prozeß nicht zu Ende geführt werden. Das Zentrum ist gegen eine Verdrückung der Justizverwaltung. Dies würde die Aufhebung der Länderhoheit bedeuten. Auch verlaufe man um den Preis von einer Erparnis in Höhe von 148 000 M im Jahr unsere Justiz nicht. Der von volksparteilicher Seite geforderte Abbau von Amtsgerichten wäre für viele Bevölkerungsteile ein großer Nachteil. Die aufstrebende Stadt Singen wünsche mit gutem Recht die Errichtung eines Amtsgerichtes und komme durch Stellung des Gebäudes dem Staate weit entgegen. Die Anträge der Kommunisten lehne das Zentrum ab. Es wünscht Beibehaltung der Familien- neben der Anstaltsverziehung. Propagandistische Schriften in den Gefängnissen zuzulassen, werde keinem Justizminister einfallen. Eine Reform der Justizverwaltung hält der Redner für ungewinnlich. Er schließt mit dem Ausdruck des Vertrauens in die Tätigkeit der badischen Richter und Staatsanwälte. (Beifall im Zentrum.) Gegen 12 Uhr wird die Weiterberatung auf nachm. 4 Uhr vertagt.

In der nachmittags fortgesetzten Aussprache über den Justizetat spricht zunächst

Abg. Dr. Schmittner (Dnt.). Er führt aus, das Recht sei heute noch eine gemeinsame Sache des Volkes, geführt vor Parteilichkeit in den letzten Schranken des Gesetzes. Wir wollen, daß es so bleibt. Der Richter müsse völlig unabhängig bleiben. Er dürfe weder gewähnt noch abgelehnt werden. Der Abg. Egger habe das Gute in Baden gerühmt. Mit Recht. In der Frage Unitarismus oder Föderalismus gebe es in allen Parteien Grenzen. Sie dürfe aber nicht zu einem Gegensatz „patriotisch-nichtpatriotisch“ gemacht werden. Für die geistige kulturelle Vereinigung mit Österreich trete man auch auf seiner Seite ein. Der Redner fordert den Schutz der in der Verfassung garantierten freien Meinungsäußerung auch für die Beamten. Er nimmt an, daß der Abg. Egger nur jene im Auge hatte, die sich etwa aktiv an einem gewalttätigen Umsturz beteiligen, nicht aber eine politische Betätigung, die sich im Rahmen der gesetzlichen Schranken bewegt. (Zustimmung im Zentrum.) Wir sind ganz damit einverstanden, daß der Strafvollzug besser wirken soll, glauben aber, daß wir mit unserer humanen Gesetzgebung an der Grenze angelangt sind. Die Amtsgerichte aus den Städten verschwinden zu lassen, wäre ein schwerer Fehler; sie seien als Kulturzellen zu werten. Bei den Arbeitsgerichten, die sich sehr gut eingeführt haben, möge man auf die Amtsrohe nicht verzichten. Dem Justizetat wird die deutschnationale Fraktion zustimmen, da sie mit der Rechtspflege in Baden zufrieden ist.

Abg. Dr. Walder (D. Vpt.) geht mit dem Vorredner darin ein, daß das Recht parteipolitisch unbefleht bleiben muß. Die auf dem Wege über Österreich verwirklichten Tendenzen der Rechtsangleichung finden unseren Beifall. Wir sehen in ihr einen erfreulichen Fortschritt. Da nun aber diese Rechtsangleichung immer mehr in die Hände des Reiches übergeht, drängt sich uns der Gedanke der Verdrückung der Justizverwaltung auf. Es sei richtig, daß mit der Justizhoheit der Staat ein Recht seiner Hoheit ausgeben würde. Wir werden uns aber der Entwicklung nicht entgegenstellen können. Warum sollte sich der Richter nicht überall in gleicher Weise in das Volksleben hineinfinden können? Der Redner betont, daß ihm aus Baden kein einziger Fall von Rechtsbeugung etwa infolge Abneigung gegen die heutige Staatsform bekannt geworden sei. Kritik an einem Urteil zu üben sei nur möglich, wenn man der betr. Verhandlung beigewohnt hat. Abfällige Auslassungen, wie wir sie dann und wann in der sozialdemokratischen Presse finden, müssen das Vertrauen in die Rechtsprechung außerordentlich erschüttern. Die Ausbildung unserer Richter ist gut. Die Staatsanwälte müssen eine gewisse Bewegungsfreiheit haben. Die Unabhängigkeit der Richter muß in Amt und Bezeichnung auch dem Rechtsuchenden gegenüber zum Ausdruck kommen. Aber die kulturelle Bewertung der Gerichte besteht zum Teil in den Angelegen. Auf dem Arbeitsfeld des Richters darf das Telefon nicht fehlen, ebenso wenig wie die Schreibmaschine für das Hilfspersonal. Das Organisationsvertrere auf Beauftragte vor Gericht erscheinen, dagegen sei nichts einzuwenden. Das Tempo des Rechtsganges müsse Schritt halten mit dem Tempo der Zeit. Die Institution des Einzelrichters lege eine schwerere Verantwortung auf. In manchen Fällen werde man darauf sehen müssen, daß der Einzelrichter eine Persönlichkeit mit reicher Lebenserfahrung ist. Der zweite Richter für die kleine Strafkammer ist empfehlenswert. Der Redner betont sich als Anhänger der alten Form des Schwurgerichts. Fehlurteile würden sich nie völlig ausmerzen lassen. Die Einrichtung der Arbeitsgerichte sei lebhaft zu begrüßen. Das Laienelement habe sich hier außerordentlich günstig bewährt. Dem Rechtsanwalt als Organ der Rechtspflege sollte der Eintritt in den Arbeitsgerichtsstand nicht verweigert werden. Der Redner lobt die Logik und Objektivität des Ministers und erklärt sich mit der Justizpflege in



Baden überhaupt restlos zufrieden. Alle Ihre Organe hätten ihre Pflicht erfüllt, wie es das Volk beansprucht.

Abg. Weismann (Soz.) führt aus, keine Partei habe sich so nachdrücklich und intensiv mit der Justizpflege beschäftigt, wie die Sozialdemokratie, die man vor 50 Jahren unter ein Ausnahmegericht stellte und zwei Jahrzehnte hindurch die Nachmittage der Justiz ausgiebig spüren ließ. Auch die Militärjustiz habe ihre Opfer gefordert. Dem Etat stimme die sozialdemokratische Fraktion zu. Er sei außerordentlich sparsam aufgestellt. Die Arbeitsgerichte habe sich bewährt. Der Redner wünscht, von dem Recht der Begnadigungen in weitem Umfange Gebrauch zu machen aus dem Grunde, weil viele Befehlshaber auf Unwissenheit, Not u. dgl. zurückzuführen seien. Bei der Frage der Begnadigung müssten die sozialen Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. Sentenzen bei der Gerichtsberichterstattung lehnen wir ab. Auf der anderen Seite ist das Amt eines Berichterstatters sehr leichtes. Die Justizbehörde möge sich mit den Organisationen der Zeitungsverleger und Redakteure darüber ins Benehmen setzen, wie die Sache besser geregelt werden kann. Der Redner streift kurz die Kriminalität der Jugendlichen, um sich dann dem Gewerbeaufsichtsamte festgestellten Verstoßen gegen die Arbeitszeitverordnung zuzuwenden. Die ausgeprochenen Strafen seien viel zu nieder. Den Kommunisten hält der Abg. Weismann vor, daß sie kein Recht hätten, über Massenjustiz zu setzen, wo man in Ausland selbst das Vorhandensein einer Massenjustiz offen zugibt. Die kommunistischen Anträge würden von der sozialdemokratischen Fraktion, weil praktisch undurchführbar, abgelehnt. Zum Strafvollzug gibt der Redner der Genugtuung Ausdruck, daß das System der Abschließung überwunden ist und alles getan wird, um bessernd auf den Sträfling einzuwirken. Zu begrüßen wäre, wenn die Anregung verwirklicht würde, daß sich Jura-Studierende einige Wochen mit dem Gang des Strafvollzugs vertraut machen. Über die Gefangenenerziehung seien die Häftlinge stets hochzufrieden. Die badische Justiz möge in den bewährten Bahnen fortfahren.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) beklagt die Unübersichtlichkeit der Gesetzgebung. Die von Reichsminister a. D. Dr. Ritz angelegte Sammlung müsse wieder aufgenommen werden. Es sei lebhaft zu begrüßen, daß das neue Strafgesetz eine Angleichung Deutschlands und Österreichs bringt. Die Kultur- und Schicksalsgemeinschaft müsse auch nach außen sichtbar werden. Es empfehle sich auch ein gemeinsames Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Der Redner wünscht die Förderung der internationalen Rechtskonferenzen und setzt sich für die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts ein, ebenso für alle anderen gemeinsamen Vorarbeiten über die Ausbildung der Juristen. Hierin lägen wichtige Aufgaben des neuen Reichstages. Die badischen Ausbildungsbedingungen seien als mangelhaft anzupreisen. Notwendig erscheine eine Änderung des Prüfungsbeschlusses hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Redakteure, die Parlamentarier sind. Es gehe nicht an, daß die Immunität dazu benutzt wird, ungesühnter schwer beleidigende Artikel zu schreiben. Die Ermittlung schwer beleidigender Artikel habe sich bewährt. Als Vorstehende dürften nur ältere erfahrene Richter fungieren. Auch in bezug auf die Schwurgerichte treffe die Reform das Richtige. Die alte formalistische Art des Schwurgerichts sei nicht mehr zu halten gewesen. Die Erklärung der Regierung zum kommunistischen Amnestieantrag entspricht unserer Auffassung. Die Frage eines Amnestiegesetzes für Singen dürfte akut werden, sobald Adolfsoff den dritten Richter braucht. Zu bebauern sei, daß bis heute noch nicht die Reichsdienststrafordnung verwirklicht sei. Der Redner bestätigt gleichfalls, daß man in Baden eine Justizreform nicht kenne. Die demokratische Fraktion stimme dem Etat zu.

Abg. Weismann (Komm.) greift die Rechtsprechung in Baden heftig an, weil sie nach seiner Auffassung auch der Ausfluß einer Klassenjustiz sei. Dem Redner gefallen auch nicht die Methoden der Fürsorgeerziehung und des Strafvollzugs. Er will, daß den Gefangenen der Empfang eines Lebensmittelpakets im Monat gestattet und den Überzeugungstätern keinerlei Schwierigkeit gemacht wird, eigene Bücher zu erhalten. In diesem Sinne liegen zwei Anträge der Kommunisten vor. Weiterberatung Mittwoch vorm. 10 Uhr. Schluß 1/2 12 Uhr.

### Dr. Karlruhe, den 20. Juni

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Bod (Komm.) eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß es tatsächlich vorgekommen ist, daß ein Landwirt in Elchesheim den Betrag von 90 RM als Hochwasserentschädigung vom Finanzamt Karstadt erhalten hat. Der Abg. Bod sah sich zu seiner Erklärung genötigt, weil seine Angaben vom 11. Juni bezweifelt und von einem Blatte als Schwinbel bezeichnet worden waren. Er legt nunmehr den betreffenden Briefabschnitt vor.

### Aussprache

Das Haus setzt dann die über den Justizetat fort. Generalstaatsanwalt Dr. Hanner stellt an der Hand der Akten Unrichtigkeiten der Kammer „Arbeiterzeitung“ in bezug auf die kriminellen Verträge gewisser bereits abgeurteilter Personen fest.

Dann ergreift Justizminister Dr. Traut das Wort. Er dankt dem Abg. Dr. Reichbach und Dr. Wolfhard für die Behandlung der Denkschriften über Fürsorgeerziehung und Gefängniswesen, ebenso für das lebhafteste Interesse, das sie beiden Sachgebieten entgegengebracht haben.

Das Justizministerium sei sich bewußt, daß das Volk Träger der Staatsgewalt ist und werde seine Maßnahmen unter diesem Gesichtspunkt treffen.

Der Minister spricht auch der Hilfe der Presse bei Verbreitung der in den Denkschriften enthaltenen Gedanken herzlichen Dank aus.

Er wendet sich dann gegen die Kommunisten und fragt, was sie mit ihren fortgesetzten Bemäuelungen der Fürsorgeerziehung eigentlich bezwecken wollten. Auch in ihrem State würde es wohl mißratene jugendliche Elemente geben. Die Kommunisten haben uns mit keinem Wort gesagt, wie man es besser machen könnte. Unser Land weiß es zu schätzen, daß es auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung in Herrn Prof. Dr. Gregor einen hervorragenden Sachmann besitzt. Der Minister weist darauf hin, daß sich die Denkschrift über das Gefängniswesen in bezug auf die Befaltung des Strafvollzugs an das Notwendigste nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel halte.

Nächstens werde eine Umgründung des Vereins für Jugend- und Gefangenenerziehung erfolgen mit dem Ziel, daß sich ein größerer Kreis der Öffentlichkeit in den Dienst der guten Sache stellen kann. Besondere Dank gebühre den karitativen Organisationen der beiden großen Konfessionen, Dank dafür, daß sie in echt christlichem Geiste auf dem Boden christlicher Liebe sich dem Werke des Jugend- und Gefangenenerziehung widmen (Bravo im Zentrum).

Die badische Justiz erfülle ihre Aufgabe in aufrichtiger Einstellung zum Gesetz, in sozial fortgeschrittener Einstellung sowohl gegen abzuurteilende wie gegen rechtfertigende Personen. Das Ministerium will, daß sich die badischen Richter und Staatsanwälte gegenüber der Bevölkerung verständlich, weit- herzig und hilfsbereit zeigen. Mit Ausnahme der Kommu-

nisten sei man einmütig in dem Urteil, daß das Vertrauen in die badische Justiz gerechtfertigt ist. Eine Vertrauenskrise gibt es in Baden nicht. Dafür kann man sich auch auf Äußerungen eines hervorragenden badischen Anwalts, des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Gaas, berufen. Wir werden auch künftig, ohne politische Erwägungen anzustellen, rein sachlich und objektiv prüfen, inwieweit für die von badischen Gerichten abgeurteilten Personen Einzelgnadenakte zweckmäßig und notwendig sind. Wir erklären uns grundsätzlich gegen die Fortsetzung allgemeiner Gnadenaktionen. Durch Amnestien erfahren Würdige wie Unwürdige die gleiche Behandlung.

Der Minister wandte sich schließlich Einzelfragen zu. Die Tätigkeit des Einzelrichters hat sich durchaus gut bewährt. Bei einer künftigen Reform könnte man vielleicht die kleine Strafkammer beseitigen, und als Berufungsinstanz für alle Schöffengerichtsfälle die große Strafkammer bestimmen.

Vor der Rückkehr zum alten Schwurgericht möchte er, der Minister, dringend abraten. Wer will, daß die Politik und andere Einflüsse draußen bleiben, kann den früheren Zustand nicht wünschen. Von Seiten der Geschworenen seien die besten Zeugnisse für das neue deutsche Schwurgericht abgegeben worden. Die Zuziehung von Referendaren und Assessoren als zweite Richter sei schon vor einiger Zeit vom Ministerium strikte verboten worden.

Der Minister teilt im weiteren Verlauf seiner Rede mit, daß voraussichtlich am 1. Juli d. J. die letzte Aufwertungs- forderabteilung ihr Ende finden wird. Bis zum 20. Dezember 1927 sind 24 807 Anträge auf Einleitung eines Verfahrens gestellt worden. Davon haben 24 067 Fälle Erledigung gefunden. Und zwar war dies in 12 244 Fällen ohne Vergleich und ohne Entscheidung möglich. 6130 Aufwertungsfälle wurden durch Vergleich erledigt. Nur in 3713 Fällen ist eine Entscheidung getroffen worden. Der Minister spricht in diesem Zusammenhang den badischen Richtern für ihre Arbeit im Aufwertungsverfahren volle Anerkennung aus.

Er fährt fort, daß zur Vereinfachung des Verfahrens in Arbeitsgerichtsachen das Möglichste geschehen soll. Rechts- suchende wie Angeklagte müssen überhaupt möglichst rasch über ihr Schicksal orientiert werden.

Der Abg. Eggler hat gemeint, es würde zu viel verhaftet. Auf meine Veranlassung läßt der Generalstaatsanwalt eine intensive Kontrolle über die Haftverfahren aus. Von 82 759 im Jahre 1927 aufgekommenen Haftverfahren waren auf Jahres- schluß noch 7229 im Gange. Nach diesen Zahlen besteht also kein Grund zur Klage.

Der Minister gibt der Hoffnung Ausdruck, daß endlich der Entwurf über die Rechtsverhältnisse des unehelichen Kindes im Reichstag verabschiedet wird. Zu den Klagen über die Verzögerung der Prozesse in Offenburg durch das lange Aus- bleiben Straßburger Zeugen bemerkt der Redner nach dem Hinweis, daß die Verhandlungen über den kleinen Grenzver- treib Baden-Elsas noch nicht abgeschlossen sind, daß Frank- reich wohl nie davon abgehen wird, daß die Ladung von Straßburger Zeugen auf diplomatischem Wege erfolgt.

Die Modernisierung des Bürobetriebes, meint der Minister, wäre tatsächlich auch Staatsvereinfachung. Den Wünschen des Landtags, von der Aufhebung kleiner Amtsgerichte ab- zusehen, werden wir Rechnung tragen, ebenso dem Verlan- gen, daß unsere Grundbuch- und Notariatsverwaltung beibehal- ten werden soll. Den Vorschlägen des Bad. Ratsschreiberver- eins, die auf eine bessere Schulung des Personals hinaus- laufen, werden wir entgegenkommen müssen. Unsere Grund- buchorganisation kann nur bestehen, wenn sie materiell gut durchgeführt ist.

Die Beamten der Notariate haben heute eine weit größere Arbeitslast als früher zu tragen. Der Minister berührt schließlich die Frage der Verrei- chigung der Justizverwaltung lediglich mit dem Hinweise, daß in diesem Fall das Reich einen absoluten Zuschußbedarf von 7,2 Millionen RM leisten müßte. Wenn aber das Reich wil- lens wäre, diesen Zuschuß zu übernehmen, also das Land um den Betrag von 7,2 Millionen RM zu entlasten, dann müßte das Reich auch in andere Weise, im Wege des Finanz- ausgleichs das Gleiche zu geben, um so die finanzielle Selb- ständigkeit der Länder zu statuieren.

Zum Schluß erklärt der Minister die Bereitwilligkeit der Justizverwaltung zur Errichtung eines Amtsgerichts in Sin- gen. Dabei soll jenes in Adolfszell belassen und nur bezüg- lich Engen und Stodach kleine Änderungen getroffen werden. Er dankt dem Hause für die wohlwollende Behandlung der badischen Justizverwaltung. Er ist für eine Person wie ins- besondere für seine Mitarbeiter außerordentlich befriedigt, daß es gelungen ist, das Vertrauen in die Justiz bei allen Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnatio- nalen zu erringen. So möge es auch in Zukunft bleiben (Lebhafte Zustimmung).

Damit ist die Aussprache beendet.

Das Wort erhält nunmehr Staatspräsident und Innenmini- ster Dr. Remmele, der unter großer Spannung im ganzen Hause Stellung nimmt zu der Erklärung des Abg. Bod ein- gangs der Sitzung. Er stellt fest, daß der Landwirt Lorenz Hed in Elchesheim ausweislich der Vermerkung auf dem Post- schiedabschnitt die 90 RM als Mitleistung für Grund- und Gewerbesteuer erhalten hat (Große Bewegung). Als Entschä- digung sind ihm 30 Proz. des Schadens zugewiesen, davon 15 Proz. bereits ausbezahlt, während die anderen 15 Proz. nach Genehmigung des Etats zur Auszahlung gelangen. Wir haben beim Reiche weiterewendungen für die Hochwasser- geschädigten beantragt, sind aber damit noch nicht durchge- drungen. Ich nehme an, daß der Abg. Bod nicht beabsichtigt die Unwahrheit zu verkünden hat, felle aber fest, daß wieder einmal in völliger Verkennung des Sachverhalts Angriffe gegen die Regierung, insonderheit gegen den Innenminister, er- hoben wurden, lediglich aus Agitationszwecken.

Abg. Kühn (Zentr.) erklärt in persönlicher Bemerkung, daß man die Behauptungen der Kommunisten auf seiner Seite richtig eingeschätzt habe. Der Abg. Bod sei das Opfer seines Irrtums geworden. Er habe auf alle Fälle leichtfertig ge- handelt (Lebhafte Zustimmung).

Abg. Bod erwidert kurz, vermag aber nicht, den ungün- stigen Eindruck im Hause abzuschwächen.

Es folgt die Einzelberatung des Justizetats. Der kommunistische Amnestieantrag wird abgelehnt. Auf Vorkommnissen des Abg. Bod wendet sich Justizminister Dr. Traut nochmals gegen die Methoden der „Arbeiterzeitung“. Die Justizbehörde werde sich durch nichts von der Erfüllung ihrer Pflicht abbringen lassen und dem Blatte immer Gelegenheit geben, seine Angriffe vor Gericht zu beweisen. Man werde dann aber auch das Urteil hinneh- men müssen (Sehr richtig!).

„Der Grüne Bund“. — Die erfolgreichen Bewerber aus der Gemeinschaft der Feinschmied um die 25 000 RM der Bur- geff Jubiläumsgesellschaft erhalten statutengemäß die 500 Prämien bis Anfang Juli 1928. Die alten Verehrer von „Bur- geff! Grün“, der Seltmarke für Kenner seit 1837, Graf Zeppelin, Adolf von Menzel, Ernst von Bergmann usw. haben zahlreiche Nachfolger gefunden: Auch General Robile hat sich vor seinem Polarstart in wiederholten Handschreiben als Ver- ehrer von „Bur geff! Grün“ bekannt. S. 701

### Der Jugendsonntag

Die evangelische Kirche feierte am vergangenen Sonntag ihren Jugendsonntag. Durch zum Teil prächtigen Schmuck der Kirchen und aktive Beteiligung der kirchlichen Jugend: rinde an der Liturgie wurde dem Gottesdienst eine besonders feierliche Note gegeben. Die Lösung dieses Tages galt dieses Jahr dem Ringen mit einem der schwersten Probleme unserer Zeit, um den Sinn der Arbeit. Das war als Thema den Predigten im Gottesdienst und als Motto dem ganzen Tag gegeben mit der durchaus positiven Begreifung: „Arbeit werde dich!“.

Am Nachmittag traf sich eine große Anzahl der evangeli- schen Jugendbünde unserer Stadt auf dem Platz des Christ- lichen Vereins junger Männer im Wildpark. Freude der Kir- che an der Jugend und Freude der Jugend an der Kirche, das soll der Sinn des Jugendsonntags sein, sagte Forrer Ein- wärter in seinem Grußwort; und von reiner Jugendfreude und Sonntagsgestaltung füllte sich bald der schattige Platz. Mit den Speer- und Ballspielen der männlichen, den Reigen der weiblichen Jugend und mit allerlei Scherz wurde er zum „lebendigen Rasen“.

Gemeinsame Vieder und kurze Ansprachen der Herren Bun- dessekretär Rupp und Stadtvicar Reichwein gaben einen weiche- vollen Abschluß. Herr Rupp nahm das Thema des Tages noch einmal auf und wies den Weg zu fröhlicher Arbeit als einem Stück Persönlichkeit, einem Stück Leben und einem Stück Ewigkeit. Herr Reichwein zeigte den tiefsten Wert der Arbeit darin, daß wir Mitarbeiter Gottes sind, und hieß, wie die Bäume des Platzes dem Naturgesetz, zur Höhe zu folgen. In- ter den Klängen des Botsanendors zog dann ein fest unab- sehbare langer Zug unter großer Anteilnahme der Bewölke- rung zum Schloßplatz, wo nach einem Schlußlied die Bünde auseinandergingen. S. 3.

### Die Landesversammlung der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen

Die in Heidelberg kürzlich abgehaltene und mit einem Be- grüßungsabend eingeleitete Tagung des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen war sehr stark besucht. Auch die Vertreter der Behörden, darunter der Regierung, des Landesgewerbeamts, der Handwerkskammer und der Gewerbelehre nahmen an der Tagung teil. In der Landesversammlung am folgenden Tage wurde nach Er- ledigung rein geschäftlicher Angelegenheiten die Errichtung eines dritten Erholungsheimes besprochen, um das sich Bad Dürheim bewirbt. Ein Antrag auf Herabsetzung der Frei- grenze für die Gewerbesteuer lag in der im Spätsatz in Baden-Württemberg abzuhaltenen außerordentlichen Landesver- sammlung erörtert werden. Da Rudolf Fischer, Freiburg, aus Gesundheits- und Altersrücksichten das Amt eines stellvertre- tenden Präsidenten niedergelegt hatte, mußte eine Neuwahl vorgenommen werden; einstimmig wurde der Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe, Eduard Jsenmann, Bruchsal, gewählt.

Anschließend an die Hauptversammlung fand ein Festakt anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Landesverbandes statt. Zu diesem Festakt hatte die badische Regierung Finanzmini- ster Dr. Schmitt, das Ministerium des Innern, Oberregie- rungsrat Huber, das Justizministerium Amtsgerichtsrat Dr. Koch entsandt. Ferner waren Vertretungen erschienen für den Reichskommissar für das Handwerk und das Kleinewerbe, für das Landesgewerbeamt, für eine Reihe von Handwerks- kammer, Handels- und Gewerbeschulen und für benachbarte Nachbarverbände. Nachdem Präsident Jsenmann des Werdegangs des Landesverbandes während der verfloffenen 50 Jahre ge- dacht hatte, hielt Präz. Burckhardt die Festrede, in der er erklärte, immer mehr ringe sich die Erkenntnis durch, daß die Hand- werkerfrage eine Bildungsfrage sei. Der junge Handwerker müsse neben seiner fachlichen Ausbildung auch über gesell- schaftliche und höhere Schulbildung verfügen, dann könnten auch kulturelle Werte geschaffen werden, die die Industrie nicht schaffen könne. Dem Handwerk könne nur an der Qua- lität gelegen sein.

Namens der badischen Regierung sprach Finanzminister Dr. Schmitt. Er erklärte, die Regierung lenne wohl die Note und die Steuerlasten, durch die auch das Handwerk betroffen werde. Die Aufgabe des Staates könne nicht die Konkurrenz dem Handwerk gegenüber sein, vielmehr müsse der Staat dort- auf Bedacht nehmen, durch Schaffung und Vergütung von Arbeiten zu helfen. Die Regierung habe bezüglich der Ge- werbesteuer eine Senkung vorgeschlagen. Das Hand- wert sei infolge seiner durchaus staatspolitischen Ziele ein Anker der heutigen Verfassung und ein wertvolles Binde- glied. Den Führern des Handwerks sage die Regierung warmen Dank.

Es sprachen weiter Vertreter des Reichswirtschaftsministers und der befreundeten Landesverbände, die Grüße und Glück- wünsche überbrachten. Eine Reihe von Mitgliedern wurde durch die Verleihung von Ehrenplaketten und Ehrendiplomen ausgezeichnet. Vorträge des „Viedertranges“ umrahmten den Festakt.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

|                       | 20. Juni |        | 19. Juni |        |
|-----------------------|----------|--------|----------|--------|
|                       | Geld     | Brief  | Geld     | Brief  |
| Amsterdam 100 G.      | 163.61   | 163.95 | 163.63   | 163.93 |
| Kopenhagen 100 Kr.    | 112.06   | 112.28 | 112.09   | 112.31 |
| Italien . . . 100 L.  | 21.965   | 22.305 | 21.975   | 22.015 |
| London . . . 1 Pf.    | 20.394   | 20.434 | 20.402   | 20.442 |
| New York . . 1 D.     | 4.1795   | 4.1875 | 4.1800   | 4.1880 |
| Paris . . . 100 Fr.   | 16.425   | 16.465 | 16.425   | 16.465 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.58    | 80.74  | 80.57    | 80.74  |
| Wien 100 Schilling    | 58.835   | 58.955 | 58.825   | 58.945 |
| Brag . . . 100 Kr.    | 12.388   | 12.408 | 12.388   | 12.415 |

### Staatsanzeiger

#### Haar- und Kleinfische

Nach Meldungen der Bezirksärzte war am 15. Juni 1928 nur eine Gemeinde und zwar Regelsdorf im Amtsbezirk Rehl verseucht.

#### Badisches Statistisches Landesamt

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern Ernann:

Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwach- meister Karl Luz in Marzell, Amt Müllheim.

Gestorben:

Regierungsrat Dr. Philipp Bauer beim Stat. Landesamt. Ministerium des Kultus und Unterrichts

Planmäßig angestellt:

Die außerplanmäßige Pfliegerin Elisabeth Ketterer an der psychiatrischen- und Nervenklinik in Freiburg.



**Gemeinde-Rundschau**

**Mannheimer Naturschutzpark.** Durch das Vermächtnis des Geh. Rats Reich ist die Stadt Mannheim Besitzerin einer 100 Hektar großen Rheininsel bzw. Halbinsel, benannt nach dem ehemaligen Besitzer. Dieses Gebiet, zur Hälfte mit Wald bedeckt, einem Wald, in dem kein Baum gefällt wird, sondern der Baum sich auslebt, Kraut und Unkraut wachsen, wie es ihnen gefällt, in dem dreißig Meile undschossen springen, und an die 800 Fasanen drüben — die Heunen natürlich — und gedeihen, dieses Gebiet wird von der Stadt getreu dem Willen des Schenkers als Naturschutzpark gehalten. Es ist auch eine andere, als die dort getriebene Vieh- und Obstwirtschaft nicht möglich, da jedes Rheinhochwasser die Insel zum größten Teil überflutet, unbewohnbar macht, und den Zutritt nur in der trockenen Zeit gestattet. Bisher war der Zugang zur Insel ohnehin ausgeschlossen, soll aber in kurzem jedermann gestattet sein. Der Botaniker wird dann in der wild wachsenden Flora manche seltene, nur noch hier anzutreffende heimatische Pflanzenart vorfinden, u. a. eine seltene Clematis. — Die in einigen Wochen sicherlich wieder herrschende Schnakenplage wird den Besuch der Rheininsel allerdings zu einem sehr zweifelhaften, jedenfalls sehr flüchtigen Vergnügen machen.

**Bücheranzeige**

**Von Liebe, Ruh und Ehe.** Von R. Boozmann, Preis 2 M., May Gesses Verlag, Berlin W 15. Der Danks-Überseher kann auch anders! In unbeschwerter und erfrischend freier Weise hat Boozmann in flotten Reimen ein Buchlein geschrieben, das wir nicht eigentlich zur kommenden Konfirmation und Kommunion empfehlen möchten. Bei seinen italienischen Studien scheint der Autor immer wieder über den Klassiker Boccaccio gestolpert zu sein. Es versteht sich bei diesem Autor von selbst, daß sogar gewagte Witze, schon durch Vers und Reim wohlklingend gebündelt, Haltung und Geist bewahren.

**Aus der Landeshauptstadt**

**Direktorwahl im Staatssteuermuseum in Karlsruhe.** Gestern fand im Staatssteuermuseum seitens des Lehrerkollegiums die statutenmäßige Direktorwahl statt. Als Direktor für die Amtsperiode 1928/30 wurde Architekt Professor Beck gewählt.

**Die Ozeanflieger und Karlsruhe.** Die „Bremen“-Flieger, die mit so großem Jubel der Bevölkerung deutschen Boden betreten haben, werden, wie bekannt, Bayern und Württemberg einen Besuch abstatten. Der Fliegerbund Karlsruhe hat nun, wie die Badische Presse mitteilt, folgende telegraphische Einladung an Hauptmann Köhl zum Besuch der badischen Landeshauptstadt nach Bremen gesandt: Der Fliegerbund Karlsruhe begrüßt Sie herzlich bei Ihrer Rückkehr in die Heimat und bittet um Besuch gelegentlich des geplanten Rundfluges. Im Namen von Badens Grenzlandfliegern, Fliegerbund Karlsruhe, gez. Grabenstein.

**Die Karlsruher Pferdereuenen.** Die diesjährigen Rennen des Karlsruher Reitervereins am Sonntag, den 24. Juni, versprechen wieder ausgezeichneten Sport zu bringen. Die Rennen zu den einzelnen Ausreitungen sind sehr zahlreich eingegangen. Es sind für 80 Pferde annähernd 100 Unterschriften abgegeben worden, ein Resultat, mit dem der Verein sehr zufrieden sein kann.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.** Die Teiltiefs haben sich als Randwirbel dem über dem Baltikum liegenden Tiefdruckgebiet angeschlossen, so daß ganz Europa nunmehr unter Tiefdruckeinfluß steht. Eine durchgreifende Besserung sieht jedoch vorläufig nicht in Aussicht. Wettervorhersagen für Donnerstag, den 21. Juni 1928: Fortbauer der nachfolgenden Witterung, nur vorübergehend aufheiternd.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Dr. Mannheim, 19. Juni.** Die gestern im Bürgerausschußsaal tagende Kreisversammlung genehmigte nach längerer Beratung den Hauptvoranschlag, der mit einem ungebedeutenden Aufwand von 855 000 M abzuwickeln. Von den gesamten Ausgaben in Höhe von 1 663 000 M entfallen auf die Kr.: 17 700 M und Kreiswege 1 038 490 M, d. h. 62,8 Proz. aller Ausgaben. Die erhöhten Aufwendungen hierfür sind notwendig geworden infolge des ständig zunehmenden Kraftfahrzeugverkehrs, der eine Verbesserung und Verbreiterung des Weg- und Straßennetzes dringend erforderlich macht.

**Hd. Freiburg i. Br., 20. Juni.** Heute früh verschied der langjährige Redakteur der „Freiburger Tagespost“ und des früheren „Freiburger Boten“ Heinrich Müller. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 75 Jahren und genoss in Berufs- und Privatleben ein hohes Ansehen. Er war Ehrenmitglied der Bezirksgruppe Oberbaden, im Reichsverband der Deutschen Presse.

**Brüht bei Schweighingen, 20. Juni.** Das mitgeteilte Ergebnis der Bürgermeisterwahl beruht auf einem Irrtum. Der bisherige Bürgermeister Pfister ist nicht wiedergewählt worden.

**Hd. Gernsbach, 19. Juni.** Die Arbeiten an dem Bahnbau gehen zu Ende. Der Oberbau ist ziemlich auf der ganzen Neubaustrecke fertiggestellt. Zwischen Kirchbaumwäsen und Schönminzsch fehlen nur noch einige Meter. Diese Woche wird der Zusammenschluß der beiden Schienenstränge Freudenstadt-Klosterreichenbach-Schönminzsch mit dem von Kastatt-Münzsch-Kirchbaumwäsen erfolgen. Die Verbindung der beiden Schienenstränge erfolgt auf badischer Seite. Der Brückenbau bei Schönminzsch geht der Vollendung entgegen.

**Hd. Säckingen, 18. Juni.** Die Gemeindeverwaltung hat nach langwierigen Verhandlungen beschlossen, das Trompeterschützen um den Preis von 150 000 M käuflich zu erwerben, vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses.

**Dr. Von der Insel Reichenau, 18. Juni.** Bei der am Samstag abend stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Max Stengele wiedergewählt.

**Verschiedenes**

**19 Todesopfer einer Kesselexplosion.** Wie aus Mexiko gemeldet wird, platzte der Dampfessel einer in einem Bootort liegenden Dampfanlage. 19 Personen wurden getötet, 30 verletzt. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß nicht nur zwei Gebäude der Anlage vollständig zerstört wurden, sondern auch die Häuser in der Umgebung große Sprünge aufwiesen.

**Der Mordfilm als Verdränger.** Die Berliner Staatsanwaltschaft hat sich, wie die „Köln. Ztg.“ erfährt, zu zwei Verhaftungen entschlossen, die das Rätsel um einen der geheimnisvollsten der Berliner Kriminalfälle der letzten Jahre zu lichten geeignet sind. Beamte der Kriminalpolizei erschienen in der Wohnung des Großkaufmanns Johannes Gleichner in Lichterfelde-West sowie in der Wohnung der Witwe des unter geheimnisvollen Umständen verstorbenen Großkaufmanns Hugo Bernetta in der Alexanderstraße und nahmen beide unter dem dringenden Verdacht, Bernetta im Mai 1927 ermordet zu haben, fest. Schwerwiegendstes Belastungsmoment ist die Tatsache, daß Gleichner und Frau Bernetta zusammen einen Film verfaßt hatten, in dem die Mordtat, so wie sie sich abgespielt haben könnte, beschrieben war. Als die Staatsanwaltschaft von diesem Manuskript Kenntnis erhielt, entschloß sie sich zu erneuter Verhaftung und sagte Gleichner auf den Kopf zu, daß er bei dem Tode Bernettas zugegen gewesen sei.

**Qualitäts-Möbel**

Unser bedeutender Umsatz sichert Ihnen dauernd **alle Vorteile** beim Einkauf. Sie kaufen bei uns stets **unübertroffen preiswert** bei größter Auswahl. Unsere **Möbel-Ausstellung** ist eine **Sehenswürdigkeit!** Den ganzen Tag geöffnet.

Freie Lieferung! Günstige Bedingungen. Dem Ratenkaufabkommen der Badischen und Bayerischen Beamtenbank angeschlossen.

**Holz-Gutmann**

Nur Karlstraße Nr. 30 KARLSRUHE 698

**Staats-Lotterie**

Die Auszahlung der Gewinne aus der 3. Klasse, sowie die Erneuerung der Lose zur 4. Klasse der **31./257. Preuß.-Südd. Klassenlotterie** beginnt am **Mittwoch, den 20. Juni 1928** in meinen beiden Geschäften. Schluß der Erneuerung: **700 3. Juli 1928.**

**Zwerg**

Badischer Lotterien-Einnehmer **Karlsruhe i. B.** Hebelstraße 11 und Waldstraße 38. Telephon 4828. Postscheckk. 17808

**Stadt. öffentl. Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe**

**Vermögensdarstellung auf 31. Dezember 1927**

| Vermögenswerte:  | RM                 | Verbindlichkeiten:                         | RM                 |
|--|--------------------|--|--------------------|
| 1. Liegenschaften  | 73001,00           | 1. Guthaben unserer Einleger               |                    |
| 2. Darlehen gegen hypothekarische Sicherheiten einschließlich Anlagen im Kontokorrentverkehr | 19410831,57        | a) Spareinlagen                            | 19417685,18        |
| 3. Wertpapiere   | 99734,25           | b) Giroeinlagen                            | 467554683          |
| 4. Schuldschein- u. Bürgschaftsdarlehen  | 2724648,65         | 2. Anleihenkapitalien                      | 24093232,01        |
| 5. Wechsel   | 132259,40          | 3. Ausgaberrückstände                      | 1,00               |
| 6. Bankguthaben  | 1722508,25         | 4. Aufwertungsstände auf 31. Dezember 1927 | 30181,37           |
| 7. Darlehen auf Fahrnis- und Wertpapierpfänden der (Pfandleihkasse)                          | 142995,00          | 5. Aufwertungsstände auf 31. Dezember 1927 | 300485,87          |
| 8. Anlagen nach § 11 Ziffer 6 des Sparkassengesetzes   | 147525,50          | 6. Rücklag auf Ende 1926                   | 139770,68          |
| 9. Einnahmerückstände  | 44555,46           | 6. Reingewinn für 1927                     | 5919,22            |
| 10. Gerätschaften  | 1,00               |  |                    |
| 11. Kassenvorrat   | 71530,07           |  |                    |
| <b>Summe</b>   | <b>24569590,15</b> | <b>Summe</b>                               | <b>24569590,15</b> |

**Entzifferung der Rücklagen auf Ende 1927:**

|  | RM               |
|--|------------------|
| Reservefonds                                     | 99689,90         |
| Sicherheitsrücklage für das Kontokorrentgeschäft | 46000,00         |
| <b>Zusammen</b>                                  | <b>145689,90</b> |

**Gewinn- und Verlustrechnung für 1927**

| Soll:  | RM                | Haben:                             | RM                |
|--|-------------------|------------------------------------|-------------------|
| 1. Zinsen:   |                   | 1. Aus ertragbaren Liegenschaften  | 12552,82          |
| a) für Einlagen  | 1146915,72        | 2. Zinsen von Kapitalien           | 1551971,34        |
| b) für sonstige Schulden                               | 22973,66          | 3. Gebühren und sonstige Einnahmen | 121251,24         |
| 2. Auf ertragbare Liegenschaften                       | 10257,47          |                                    |                   |
| 3. Verwaltungskosten:                                  |                   |                                    |                   |
| a) für die Verwaltungsgebäude                          | 45774,55          |                                    |                   |
| einschl. erste Rate auf den Umbau mit 30000 M          |                   |                                    |                   |
| b) Aufwand zur Durchführung der Aufwertung             | 95000,00          |                                    |                   |
| c) Aufwand zur Durchführung der laufenden Arbeiten     | 363391,48         |                                    |                   |
| einschl. 20000 M Absetzung auf die neuen Saldenmäßigen |                   |                                    |                   |
| 4. Sonstige Ausgaben                                   | 4113,14           |                                    |                   |
| 5. Abschreibungen auf erbaute Gebäude                  | 1430,16           |                                    |                   |
| 6. Reingewinn 1927                                     | 5919,22           |                                    |                   |
| <b>Summe</b>   | <b>1695775,40</b> | <b>Summe</b>                       | <b>1695775,40</b> |

**Rheinische Hypothekenbank**

in Mannheim.

**2. Bekanntmachung.**

Mit Zustimmung unserer Aufsichtsbehörde nehmen wir gemäß Art. 84 D.R.O. zum Aufw.-Ges. eine **zweite Ausschüttung** in Höhe von 5% des Goldmarkwertes der teilnahmerechtigen Papiermarktpfandbriefe vor.

Dieselbe erfolgt in der Weise, daß auf jeden eingelieferten **Ratenschein Nr. 1** die Hälfte des auf demselben angegebenen Goldmarkbetrages in Liquidationspfandbriefen bzw. Zertifikaten mit Zinslauf ab 1. Januar 1928 ausgefolgt wird.

Die Ratenscheine sind nach Nummern geordnet bei uns einzureichen; Mitzubringen ist ein den Nennbetrag und die Stückzahl der eingereichten Stücke enthaltendes Verzeichnis. Formulare hierfür können bei uns bezogen werden.

Sendungen ohne beigelegte Formulare können bei dem großen Geschäftsumfang nicht sofort bearbeitet werden und müssen daher vorläufig zurückgelegt werden.

Eine Verfügung über die eingereichten Ratenscheine ist ausgeschlossen, da diese sofort entwertet werden.

Die Ausschüttung bzw. Vergebung erfolgt unsererseits kostenfrei der Reihe nach nur an den Einreicher der Ratenscheine und wird voraussichtlich etwa Ende Mai beginnen.

Werden Ratenscheine Nr. 1 bis zum Ablauf von 3 Monaten nach der 3. Veröffentlichung dieser Aufforderung im Deutschen Reichs-Anzeiger nicht eingereicht, so ist die Bank berechtigt, den auf diese Ratenscheine entfallenden Anteil zu hinterlegen, sofern nicht innerhalb der Frist der Antrag auf Einleitung des Aufgebotsverfahrens oder auf Zahlungsstopp nachgewiesen ist.

Mannheim, den 19. Juni 1928.

**Badisches Landestheater**

Donnerstag, 21. Juni 1928

• D 30 (Donnerstagmiete) Th.-Sem. 701-950

**Oktobertag**

von Georg Kaiser

In Szene gesetzt von Felix Raumbach

Coiffeur: Catherine  
Jean-Marie  
Frau Jattelau

Schulze: Vertram  
Dahlen

Regisseur: Frauendorfer  
Brand  
Präter

Diener: Reguerche  
299

Anfang 20 Ende 21/2  
I. Rang und I. Sperrst. 5 St.

**Der Verwaltungsrat.**

**Stroßenbauarbeiten.**

Wir vergeben namens der Stadtgemeinde Forzheim und der Kreisverwaltung Karlsruhe im öffentlichen Wettbewerb nach Maßgabe der Verordnung des Finanzministeriums vom 27. VII. 1922 und 22. VI. 1926 die Arbeiten und Lieferungen zur Verbesserung des Kreiswegs Nr. 20, Forzheim-Eisingen auf Gemarkung Forzheim u. Eisingen, und zwar:

a) Gemarkung Forzheim: 1700 cbm Erdbewegung, 470 cbm Gestein, 200 cbm Kalksteinschotter, 3000 qm Keimplanie.

b) Gemarkung Eisingen: 3600 cbm Erdbewegung, 5500 qm Keimplanie, 920 cbm Gestein, 550 cbm Kalksteinschotter. R. 230

Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer in Forzheim, Schulbergstraße Nr. 2, zur Einsicht auf, wo auch Angebotsvorbrude zum Preise von 3 M das Stück erhältlich sind. Angebote werden nur gegen Barzahlung oder gegen Vereinfachung des Betrags abgegeben, und sind mit der Aufschrift: „Stroßenbau Forzheim-Eisingen“ postfrei hierher einzureichen.

Eröffnungstermin: Montag, den 25. Juni 1928, vormittags 10 1/2 Uhr. Zuschlagsfrist: 4 Wochen. Forzheim, 14. Juni 1928. Bad. Wasser- und Straßenbauamt.